

Verbandssatzung des Wasserbeschaffungsverbandes Umrathshausen



Inhaltsübersicht:

§ 1	Name, Sitz Verbandsgebiet, Zweck	§ 22	Sitzung der Verbandsversammlung
§ 2	Aufgabe	§ 23	Niederschrift
§ 3	Unternehmen, Plan	§ 24	Beschlüsse und Wahlen der Verbandsversammlung
§ 4	Mitglieder, Anspruch auf Mitgliedschaft	§ 25	Die Vorstandschaft
§ 5	Mitgliederverzeichnis	§ 26	Amtszeit und Entschädigung
§ 6	Aufhebung der Mitgliedschaft	§ 27	Aufgaben der Vorstandschaft
§ 7	Verfahren	§ 28	Sitzungen der Vorstandschaft
§ 8	Auskunftspflicht	§ 29	Beschlussfassung der Vorstandschaft
§ 9	Verschwiegenheitspflicht	§ 30	Aufgaben des Vorstandes
§ 10	Bestimmung der Abgabebegriffe	§ 31	Haushaltsplan
§ 11	Abgabengrundsätze	§ 32	Überschreiten des Haushaltsplans
§ 12	Öffentliche Last	§ 33	Verwendung der Einnahmen und Ausgaben
§ 13	Erhebung der Verbandsabgaben	§ 34	Aufnahme und Tilgung von Darlehen
§ 14	Benutzung von Grundstücken dinglicher Mitglieder	§ 35	Kassenkredite
§ 15	Ausgleich für Nachteile	§ 36	Rechnungslegung und Prüfung
§ 16	Ausgleichsverfahren	§ 37	Öffentliche Bekanntmachungen
§ 17	Anspruch auf Grundstückserwerb	§ 38	Anordnungsbefugnis
§ 18	Verbandsschau	§ 39	Durchsetzung von Anordnungen
§ 19	Organe	§ 40	Staatliche Aufsicht
§ 20	Aufgaben der Verbandsversammlung	§ 41	Zustimmungspflichtige Geschäfte
§ 21	Einberufung der Verbandsversammlung	§ 42	Inkrafttreten

Erster Teil

Name, Sitz, Verbandsgebiet, Zweck

§ 1

Name, Sitz, Verbandsgebiet, Zweck

1. Der Verband führt den Namen Wasserbeschaffungsverband Umrathshausen (nachfolgend Verband genannt).
2. Der Verband hat seinen Sitz in Frasdorf, Ortsteil Umrathshausen, Landkreis Rosenheim.
3. Zum Verbandsgebiet gehören insbesondere die Ortschaften Umrathshausen, Dösdorf, Leitenberg und Unterprienmühle.
Das Verbandsgebiet wird bestimmt durch die Karte, die dieser Satzung anliegt und Teil dieser Satzung ist.
4. Der Wasserbeschaffungsverband Umrathshausen ist ein Wasser- und Bodenverband i.S. des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz – WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. 1. Seite 405).
5. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen seiner Mitglieder; er verwaltet sich im Rahmen der Gesetze selbst.

Zweiter Teil

Allgemeine Vorschriften für den Verband Aufgabe, Unternehmen, Plan

§ 2

Aufgabe

Der Verband hat die Aufgabe, die Mitglieder mit Trink- und Brauchwasser zu versorgen, sowie allgemein Wasser für Feuerlöschzwecke zur Verfügung zu stellen.

§ 3

Unternehmen, Plan

1. Unternehmen des Verbands im Sinne dieser Satzung sind die Erstellung, Unterhaltung und der Betrieb der Wassergewinnung, Förderung, Speicherung, die für die Zuleitung und Verteilung notwendigen Anlagen wie Brunnen, Quelfassungen, Pumpwerke, Hochbehälter, Zu- und Verteilungsleitungen.
2. Das Unternehmen ergibt sich aus dem Plan vom 29.01.2009 im Maßstab 1 : 7500. Das Führen des Plans, die Aktualisierung der Unterlagen und die Aufbewahrung ist Angelegenheit des Vorstandes.
3. Die Aufsichtsbehörde erhält eine Ausfertigung des Plans sowie der jeweiligen Aktualisierung.
4. Der Verband führt ein Verzeichnis der Anlagen, aus dem ihre Art und ihre Maße sowie ferner Unterhaltung, Betrieb und Nutzung ersichtlich sind. Die Aufbewahrung und Verteilung erfolgt wie beim Plan.

Dritter Teil

Rechtsverhältnisse des Verbandes zu seinen Mitgliedern und Dritten

Erster Abschnitt

Mitgliedschaft, Auskunfts- und Verschwiegenheitspflicht

§ 4

Mitglieder, Anspruch auf Mitgliedschaft

1. Mitglieder des Verbandes sind die jeweiligen Eigentümer und Erbbauberechtigten der im Mitgliederverzeichnis aufgeführten Grundstücke (dingliche Mitglieder). Eine Gemeinschaft von Eigentümern oder Erbbauberechtigten gilt als ein Mitglied.
2. Wer einen Vorteil aus der Durchführung der Verbandsaufgabe zu erwarten oder wer Maßnahmen des Verbandes zu dulden hat, hat Anspruch auf Aufnahme als Verbandsmitglied in den Verband.
3. Die in Abs. 2 Satz 1 Aufgeführten können auf Antrag des Verbandes durch die Aufsichtsbehörde auch gegen ihren Willen zur Mitgliedschaft herangezogen werden. Von der Heranziehung kann in besonders gelagerten Einzelfällen abgesehen werden, wenn dadurch die Erfüllung der Verbandsaufgaben nicht beeinträchtigt wird.

§ 5

Mitgliederverzeichnis

1. Der Verband führt ein Mitgliederverzeichnis, das vom Vorstand auf dem Laufenden gehalten wird.
2. Die Teilung eines im Mitgliederverzeichnis aufgeführten Grundstückes ist dem Verband vom Verbandsmitglied mitzuteilen.
3. Die Aufsichtsbehörde erhält eine Abschrift des Mitgliederverzeichnisses und seiner Änderungen.

§ 6

Aufhebung der Mitgliedschaft

1. Verbandsmitglieder, deren Vorteil aus der Durchführung der Verbandsaufgabe entfallen ist, oder Verbandsmitglieder im Sinne von § 4 Abs. 2 dieser Satzung, die keine Maßnahmen des Verbandes mehr zu dulden haben, sind berechtigt, die Aufhebung ihrer Mitgliedschaft zu verlangen. Dies gilt nicht, wenn das Verbandsmitglied den Vorteil durch eigene Maßnahmen beseitigt hat oder wenn durch die Aufhebung der Mitgliedschaft erhebliche Nachteile für das öffentliche Interesse, den Verband oder dessen Gläubiger zu besorgen sind. Nachteile für den Verband sind insbesondere Anlagen oder Grundstücke, von denen nachteilige Einwirkungen auf das Verbandsunternehmen ausgehen oder zu erwarten sind.
2. Über den Antrag auf Aufhebung der Mitgliedschaft entscheidet die Vorstandschaft (§ 7 Abs. 1). Die Absicht der Vorstandschaft, dem Antrag auf Aufhebung stattzugeben, ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Diese kann der Absicht innerhalb von zwei Monaten aus den in Abs. 1 Satz 2 genannten Gründen widersprechen. Widerspricht sie, so ist die Aufhebung der Mitgliedschaft nicht zulässig.

3. Die Aufsichtsbehörde kann Verpflichtungen des Verbandes und des betreffenden Verbandsmitgliedes festsetzen, um unbillige Folgen der Aufhebung der Mitgliedschaft zu verhüten.

§ 7

Verfahren

1. Über den Aufnahmeantrag (§ 4 Abs. 2) und über die Frage einer Antragstellung (§ 4 Abs. 3) entscheidet die Vorstandschaft.
2. Der Vorstand unterrichtet die Verbandsversammlung über die Aufnahme eines neuen Mitgliedes.

§ 8

Auskunftspflicht

1. Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, dem Verband auf Verlangen Auskunft über solche Tatsachen und Rechtsverhältnisse zu geben, die für die Beurteilung der mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte und Pflichten erheblich sind. Sie haben, soweit erforderlich, die Einsicht in die notwendigen Unterlagen und die Besichtigung der Grundstücke und Anlagen zu dulden.
2. Die in Absatz 1 genannte Verpflichtung besteht nur gegenüber Personen, die vom Verband durch eine schriftliche Vollmacht als zur Einholung der Auskünfte oder zur Einsicht und Besichtigung berechtigt ausgewiesen sind.

§ 9

Verschwiegenheitspflicht

Vorstandsmitglieder sowie Personen im Sinne des § 8 Abs. 2 dieser Satzung sind verpflichtet, über alle ihnen bei der Durchführung ihrer Aufgaben bekannt werdenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse Verschwiegenheit zu bewahren. Im Übrigen bleiben die Vorschriften des Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) über die Verschwiegenheitspflicht unberührt.

Zweiter Abschnitt

Verbandsabgaben

§ 10

Begriffsbestimmung

1. Verbandsabgaben sind öffentliche Abgaben.
2. Die Abgaben werden grundsätzlich in Geld erhoben. Sie bestehen aus Beiträgen und Gebühren.
3. Mit Beiträgen wird der durch Zuschüsse nicht gedeckte Finanzbedarf für die Errichtung, Erweiterung, Erneuerung und Verbesserung der Verbandsanlagen bestritten. Beiträge sind:
 - a) der einmalige Anschlussbeitrag für den Anschluss an die Verbandsanlagen
 - b) der Beitrag zum Bau von Anlagen

4. Gebühren sind:
 - a) die Grundgebühr als Ausgleich für alle verbrauchsunabhängigen Kosten, die dem Verband entstehen
 - b) die Verbrauchsgebühr, die sich nach dem tatsächlichen Verbrauch bestimmt und aufgrund der veränderlichen oder arbeitsabhängigen Kosten (wie z. B. Stromkosten) ermittelt wird.
5. Die Kosten für die Herstellung oder Änderung eines Grundstücksanschlusses sind in der jeweils tatsächlich entstandenen Höhe dem Verband zu erstatten.
6. Näheres über die Berechnung und Erhebung der Beiträge und Gebühren sowie der Kosten von Grundstücksanschlüssen regelt die Wasserbezugsordnung.

§ 11

Abgabengrundsätze

1. Die Verbandsmitglieder haben dem Verband die Abgaben zu leisten, die zu Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind.
2. Die Abgaben verteilen sich auf die Verbandsmitglieder im Verhältnis der Vorteile, die ihnen durch die Aufgaben und die übernommenen Verpflichtungen des Verbandes erwachsen.
3. Wer, ohne Verbandsmitglied zu sein, als Eigentümer eines Grundstücks oder einer Anlage von dem Unternehmen des Verbands einen Vorteil hat (Nutznießer), kann mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde wie ein Mitglied zu Abgaben herangezogen werden. Der Nutznießer ist vorher anzuhören.
4. Die Abgabepflicht nach den vorstehenden Absätzen besteht nur insoweit, als die Verbandsmitglieder oder Nutznießer einen Vorteil haben oder der Verband für sie ihnen obliegende Leistungen erbringt.
5. Soweit Eigentümer, die nur für die Benutzung ihres Grundstücks zur Durchleitung von Wasser zum Verband zugezogen worden sind, keinen Vorteil haben und keine nachteiligen Einwirkungen verursachen, sind sie von allen Verbandsabgaben frei.
6. In besonderen Härtefällen kann der Verband eine vollständige oder teilweise Befreiung von der Verbandsabgabenzahlung aussprechen. Über die teilweise Befreiung entscheidet die Vorstandschaft. Über eine vollständige Befreiung entscheidet die Verbandsversammlung.
7. In besonderen Fällen kann der Verband mit dem Verbandsmitglied oder dem Nutznießer einen Vertrag abschließen, mit dem Art und Ausmaß des Wasserbezugs und den Abgaben vergleichbare Zahlungen geregelt werden.

§ 12

Öffentliche Last

Die Abgabepflicht der dinglichen Verbandsmitglieder ruht als öffentliche Last auf den Grundstücken, mit denen die dinglichen Verbandsmitglieder an dem Verband teilnehmen.

§ 13

Erhebung der Verbandsabgaben

1. Die Verbandsabgaben werden durch Abgabenbescheid erhoben.
2. Für die Verjährung gelten die Vorschriften der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.
3. Jedem Verbandsmitglied wird auf Verlangen Einsicht in die ihn betreffenden Beitragsunterlagen gewährt.
4. Das Nähere der Abgabenerhebung und der Festsetzung von Vorauszahlungen regeln die Wasserbezugsordnung und die Tarifsatzung.

Dritter Abschnitt

Benutzung von Grundstücken

§ 14

Benutzung von Grundstücken dinglicher Mitglieder

1. Der Verband ist berechtigt, Grundstücke, welche die dingliche Mitgliedschaft bei ihm begründen (§ 4 Abs. 1), zu betreten und zu benutzen, soweit dies für die Durchführung des Unternehmens erforderlich ist. Dies gilt insbesondere zum Durchleiten von Wasser (Wasserleitungen) und für Bauwerke im Leitungsnetz (z. B. Pumpwerke, Wasserzähler-schächte).
2. Der Verband stellt durch schriftlichen Bescheid gegenüber dem duldenden Verbandsmitglied fest, in welchem Umfang sein Grundstück in Anspruch genommen wird.

§ 15

Ausgleich für Nachteile

1. Entstehen durch die Benutzung von Grundstücken im Sinne des § 14 Abs. 1 dem Betroffenen unmittelbare Vermögensnachteile, kann dieser vom Verband einen Ausgleich verlangen.
2. Kann der Ausgleich nicht durch Maßnahmen im Rahmen des Unternehmens durchgeführt werden, hat der Verband eine angemessene Entschädigung in Geld zu leisten. Bei der Festsetzung der Entschädigung bleiben eine Beeinträchtigung der Nutzung und eine Wertminderung des Grundstücks außer Ansatz, soweit sie bei Durchführung des Unternehmens durch einen Vorteil ausgeglichen werden, der bei der Festsetzung eines Verbandsbeitrags unberücksichtigt bleibt.

§ 16

Ausgleichsverfahren

Kommt eine Einigung über den Ausgleich nicht zustande, entscheidet der Verband durch schriftlichen Bescheid.

§ 17
Anspruch auf Grundstückserwerb

Sind Vermögensnachteile im Sinne des § 15 Abs. 1 so wesentlich, dass das benutzte Grundstück für den Betroffenen nur noch einen verhältnismäßig geringen oder keinen wirtschaftlichen Wert mehr hat, kann er verlangen, dass der Verband das Grundstück zu Eigentum erwirbt. Für die Ermittlung des Gegenwertes ist der Zeitpunkt der Benutzung des Grundstücks durch den Verband maßgeblich.

Vierter Abschnitt
Verbandsschau

§ 18
Verbandsschau

Eine Verbandsschau findet bei Bedarf statt. Hierüber entscheidet die Vorstandschaft.

Vierter Teil

Verbandsverfassung

§ 19
Organe

1. Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung und die Vorstandschaft.
2. Die Verbandsversammlung ist die Versammlung der Verbandsmitglieder.

§ 20
Aufgaben der Verbandsversammlung

Der Verband wird durch die Verbandsversammlung verwaltet, soweit nicht die Vorstandschaft selbständig entscheidet (§ 27). Die Verbandsversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Die Wahl und Abberufung der Mitglieder der Vorstandschaft
- Aufstellung und Änderung der Verbandssatzung
- Aufstellung und Änderung der Wasserbezugsordnung
- Aufstellung und Änderung der Tarifsatzung
- Festsetzung des Haushaltsplans sowie von Nachtragshaushaltsplänen
- Erhebung eines Beitrags für den Bau von bestimmten Wasserversorgungsanlagen und das Ausmaß der Umlegung der tatsächlichen Kosten
- Einspruch gegen eine Zwangsfestsetzung des Haushaltsplanes
- Festsetzung von Grundsätzen für Dienst- und Anstellungsverhältnisse und von Entschädigungen für Mitglieder der Vorstandschaft
- Entlastung der Vorstandschaft
- Rechtsgeschäfte zwischen dem Verband und Mitgliedern der Vorstandschaft
- Umgestaltung und Auflösung des Verbands
- Wahl der Schaubeauftragten im Falle einer Verbandsschau (§ 18)

§ 21

Einberufung der Verbandsversammlung

1. Der Vorstand bereitet die Beratungsgegenstände der Verbandsversammlung vor und beruft die Verbandsversammlung ein.
2. Die Einberufung erfolgt durch Bekanntmachung unter Angabe der Tagesordnung im Oberbayerisches Volksblatt Rosenheim oder durch schriftliche Einladung.
3. Die Bekanntmachung hat mindestens zwei Wochen vor der Sitzung der Verbandsversammlung zu erfolgen.
4. Der Vorstand lädt ferner die Mitglieder der Vorstandschaft (soweit diese nicht Verbandsmitglieder sind) und die Aufsichtsbehörde schriftlich unter Angabe der Tagesordnung ein.
5. Die Verbandsversammlung ist mindestens einmal im Jahr einzuberufen.

§ 22

Sitzungen der Verbandsversammlung

1. Die Verbandsversammlung beschließt in Sitzungen.
2. Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind nicht öffentlich. Das Recht zur Teilnahme an der Sitzung haben die Mitglieder der Vorstandschaft, der Vertreter der Aufsichtsbehörde und diejenigen Personen, denen von einem nicht erschienenen Verbandsmitglied schriftliche Vollmacht erteilt wurde. Über die Teilnahme weiterer Personen entscheidet die Vorstandschaft.
3. Der Vorstand führt in der Verbandsversammlung den Vorsitz, bei seiner Verhinderung sein Vertreter. Er hat Stimmrecht, wenn er Verbandsmitglied ist.
4. Zu Beginn der Sitzung ist ein Verzeichnis der erschienenen bzw. vertretenen Verbandsmitglieder aufzustellen.
5. Der Vorstand unterrichtet die Verbandsversammlung über die Angelegenheiten des Verbands. Jedem Verbandsmitglied sowie der Aufsichtsbehörde ist auf Verlangen Auskunft über die Angelegenheiten des Verbands zu geben, die mit dem Verhandlungsgegenstand im Zusammenhang stehen.
6. Dem Vertreter der Aufsichtsbehörde ist auf Verlangen das Wort zu erteilen.

§ 23

Niederschrift

1. Über den Verlauf der Sitzung der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen.
2. In der Niederschrift sind Gegenstand, Ort und Tag der Verhandlung, Art und Ergebnis der Abstimmungen, ferner die Beschlüsse und Wahlergebnisse festzuhalten.
3. Die Niederschrift ist mindestens vom Vorstand und vom Schriftführer zu unterschreiben. Die Aufsichtsbehörde erhält einen Abdruck der Niederschrift.

§ 24

Beschlüsse und Wahlen der Verbandsversammlung

1. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen wurde und ein Zehntel der Mitglieder anwesend oder vertreten ist. Bei wiederholter Ladung wegen vorheriger Beschlussunfähigkeit ist die Verbandsversammlung unabhängig von der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig, wenn in der Ladung hierauf hingewiesen wurde.
2. Die Verbandsversammlung beschließt mit der Mehrheit der in der Sitzung abgegebenen Stimmen. Es wird offen abgestimmt. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.
3. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Mitglied kann sich durch eine Person mit schriftlicher Vollmacht vertreten lassen.
4. Der Beschluss über eine Änderung der Aufgaben des Verbands bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen.
5. Für Wahlen gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend. Die Abstimmung ist geheim, soweit nicht die Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Mitglieder einer offenen Wahl zustimmt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Wird die Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet eine Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmzahlen statt. Bei Stimmengleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los. Haben im ersten Wahlgang drei oder mehr Bewerber die gleiche Anzahl von Stimmen, so entscheidet das Los, welche Bewerber in die Stichwahl kommen. Hat ein Bewerber die höchste, zwei oder drei Bewerber die gleiche nächsthöhere Stimmenanzahl erhalten, so entscheidet das Los, wer von ihnen in die Stichwahl mit dem Bewerber mit der höchsten Stimmzahl kommt.

§ 25

Die Vorstandschaft

1. Die Vorstandschaft besteht aus einem Vorstand, seinem Stellvertreter, einem Kassier, einem Schriftführer und einem weiteren Mitglied (Beisitzer).
2. Die Mitglieder der Vorstandschaft und zusätzlich zwei Ersatzmitglieder werden von der Verbandsversammlung gewählt. Der Gewählte hat unmittelbar nach der Wahl zu erklären, ob er die Wahl annimmt.
3. Das Ergebnis der Wahl ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.
4. Die Verbandsversammlung kann ein Vorstandsmitglied aus wichtigem Grund abberufen. Zur Beschlussfassung eine Zweidrittelmehrheit der in der Sitzung abgegebenen Stimmen erforderlich. Die Abberufung und ihr Grund ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Widerspricht die Aufsichtsbehörde unter Angabe der Gründe, so ist die Abberufung unwirksam.

§ 26

Amtszeit und Entschädigung

1. Die Vorstandschaft wird auf die Dauer von fünf Jahren gewählt.
2. Die bisherige Vorstandschaft bleibt bis zum Eintritt der neuen Vorstandschaft im Amt.

3. Scheidet ein Mitglied der Vorstandschaft vor Ablauf der Amtszeit aus, so rückt eines der beiden Ersatzmitglieder nach; die Reihenfolge bestimmt sich nach der Zahl der bei der Wahl erhaltenen Stimmen; bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Scheidet der Vorstand vor Ablauf der Amtszeit aus, so übernimmt sein Amt der Stellvertreter.
4. Die Mitglieder der Vorstandschaft sind ehrenamtlich tätig. Sie können für die Wahrnehmung ihres Amtes eine Entschädigung erhalten, über deren Höhe die Verbandsversammlung beschließt; der Beschluss bedarf zu seiner Wirksamkeit der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Über den Ersatz von Aufwendungen beschließt die Vorstandschaft selbständig.

§ 27

Aufgaben der Vorstandschaft

1. Die Vorstandschaft leitet den Verband nach Maßgabe des Wasserverbandsgesetzes und der Verbandssatzung in Übereinstimmung mit den von der Verbandsversammlung beschlossenen Grundsätzen. Ihr obliegen alle Geschäfte, zu denen nicht durch die Verbandssatzung die Verbandsversammlung berufen ist. Ihre Aufgaben sind insbesondere:
 - Vorbereitung der Angelegenheiten, über welche die Verbandsversammlung zu entscheiden hat
 - die Aufstellung des Entwurfs für den Haushaltsplans und seiner Nachträge
 - die Aufstellung und Vorlage der Jahresrechnung
 - die Beschlussfassung über die Aufnahme von Krediten
 - die Beschlussfassung über Rechtsgeschäfte, die eine Verpflichtung oder Verfügung zu Lasten des Verbandes im Wert von bis zu Euro 50.000,- enthalten; soweit nicht der Vorstand selbständig entscheidet
 - alle übrigen Aufgaben, die weder der Verbandsversammlung, noch dem Vorstand übertragen sind
 - die Entscheidung über die Aufnahme und Entlassung von Verbandsmitgliedern
 - die Bestellung eines Stellvertreters für den Beisitzer
 - Antrag an die Aufsichtsbehörde zur Heranziehung als Verbandsmitglied
 - Wahl der Schaubeauftragten im Falle einer Verbandsschau (§ 18)
2. Die Mitglieder der Vorstandschaft haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die erforderliche Sorgfalt anzuwenden. Sie sind dem Verband insbesondere dafür verantwortlich, dass die Bestimmungen der Verbandssatzung eingehalten werden. Ein Mitglied der Vorstandschaft, das seine Obliegenheiten vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt, ist dem Verband zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens verpflichtet.

§ 28

Sitzungen der Vorstandschaft

1. Die Vorstandschaft beschließt in Sitzungen. Eine andere Willensbildung bedarf der Einstimmigkeit der Mitglieder der Vorstandschaft.
2. Der Vorstand beruft die Vorstandschaft nach Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich, mit einer Frist von drei Tagen zu Sitzungen mündlich oder schriftlich ein. In dringenden Fällen oder wenn die Vorstandsmitglieder darauf verzichten, bedarf es keiner Frist. Der Vorstand muss auf Verlangen von mindestens drei Mitgliedern eine Sitzung der Vorstandschaft einberufen. Die Aufsichtsbehörde ist auf Verlangen unter Angabe der Tagesordnung zu den Sitzungen zu laden; ihrem Vertreter ist auf Verlangen das Wort zu erteilen.
3. Mitglieder der Vorstandschaft, die verhindert sind, haben dies dem Vorstand unverzüglich mitzuteilen.

§ 29

Beschlussfassung der Vorstandschaft

1. Die Vorstandschaft ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen wurde und mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Sie kann ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschließen, wenn in einer wiederholten Ladung, welche schriftlich zu erfolgen hat, mitgeteilt worden ist, dass ungeachtet der Zahl der anwesenden Mitglieder der Vorstandschaft Beschlüsse gefasst werden können.
2. Die Vorstandschaft beschließt mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorstandes den Ausschlag.

§ 30

Aufgaben des Vorstandes

1. Der Vorstand hat die laufenden Geschäfte zu erledigen. Er unterrichtet in angemessenen Zeitabständen die anderen Mitglieder der Vorstandschaft über die Verbandsangelegenheiten und hört ihren Rat zu wichtigen Geschäften. Insbesondere gehören zu den Aufgaben des Vorstandes:
 - die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Verbandes
 - die Vorbereitung der Beschlüsse der Vorstandschaft
 - Einberufung zu den Sitzungen der Vorstandschaft und der Verbandsversammlung
 - Leitung der Verbandsversammlung
 - die Entscheidung über Rechtsgeschäfte, die eine Verpflichtung oder Verfügung zu Lasten des Verbandes im Wert von bis zu Euro 1.000,- enthalten
 - die Anweisung von Einnahmen und Ausgaben an die Verbandskasse
 - die Aufsicht über die Kassenverwaltung
 - der Kontakt zur Aufsichtsbehörde
 - Erteilung des Auftrages an die Prüfstelle
 - Bewirkung von Ausgaben, die im Haushaltsplan nicht oder noch nicht festgesetzt sind, wenn der Wasserbeschaffungsverband dazu verpflichtet ist und ein Aufschub erhebliche Nachteile bringen würde
 - Vorlage der Haushaltsrechnung und der Bemerkung der Prüfstelle dazu an die Verbandsversammlung
 - die Berechnung und Festsetzung von Abgaben im Einzelfall
2. Erklärungen des Vorstandes im Rahmen seiner Aufgaben, durch die der Verband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform.

Fünfter Teil

Haushalt, Rechnungslegung, Prüfung

§ 31

Haushaltsplan

1. Die Verbandsversammlung setzt für jedes Rechnungsjahr den Haushaltsplan des Verbandes und nach Bedarf die Nachträge dazu fest. Die Vorstandschaft stellt den Haushaltsplan so rechtzeitig auf, dass die Verbandsversammlung spätestens bis zum Beginn des Jahres über ihn beschließen kann. Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr. Der Vorstand teilt der Aufsichtsbehörde den festgesetzten Haushaltsplan mit.

2. Der Haushaltsplan enthält alle voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben des Verbands im kommenden Jahr. Er gliedert sich in einen ordentlichen und einen außerordentlichen Teil.

§ 32

Überschreiten des Haushaltsplans

1. Der Vorstand kann Ausgaben leisten, die nicht im Haushaltsplan festgesetzt sind, wenn der Verband dazu verpflichtet ist, ein Aufschub erheblichen Nachteil bringen würde und die Entscheidung der Verbandsversammlung nicht rechtzeitig eingeholt werden kann oder unzweckmäßig wäre. Er darf Anordnungen, durch die Verbindlichkeiten des Verbands entstehen können, ohne dass ausreichende Mittel im Haushaltsplan vorgesehen sind, nur bei unabweisbarem Bedürfnis treffen.
2. War die Verbandsversammlung mit der Angelegenheit noch nicht befasst, so beruft der Vorstand sie zur Festsetzung eines Nachtrags zum Haushaltsplan unverzüglich ein.

§ 33

Verwendung der Einnahmen und Ausgaben

Alle Einnahmen und Ausgaben sind nach dem festgestellten Haushaltsplan zu verwalten.

§ 34

Aufnahme und Tilgung von Darlehen

1. Der Verband ist berechtigt, außerordentliche Ausgaben für Investitionen durch Darlehen zu decken. Diese bedürfen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde, falls sie eine Höhe von Euro 20.000,- überschreiten.
2. Der Verband stellt für jedes langfristige Darlehen einen Tilgungsplan auf, in den mindestens die nach dem Schuldverhältnis erforderlichen Beträge einzusetzen sind.
3. Zur Tilgung sind nach dem Tilgungsplan angemessene Beträge in den ordentlichen Haushaltsplan einzusetzen. Für langfristige Darlehen sind mindestens die nach dem Tilgungsplan erforderlichen Beträge einzusetzen.

§ 35

Kassenkredite

1. Der Verband darf zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des ordentlichen Haushaltsplanes Kredite (Kassenkredite) aufnehmen. Die Festlegung eines Kassenkredites bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde, soweit diese keine allgemeine Zustimmung mit Begrenzung auf einen Höchstbetrag erteilt hat.
2. Der Kassenkredit ist aus ordentlichen Einnahmen des laufenden Haushaltsplanes oder sonst spätestens nach neun Monaten zurückzuzahlen.

§ 36

Rechnungslegung und Prüfung

1. Die Vorstandschaft stellt die Jahresrechnung über alle Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Jahres gemäß dem Haushaltsplan auf und gibt sie mit allen Unterlagen in der ersten Hälfte des folgenden Haushaltsjahres zur Prüfung an die von der Aufsichtsbehörde bestimmte Prüfstelle. Die Jahresrechnungen können auch für einen Zeitraum von bis zu 4 Jahren zusammengefasst zur Prüfung abgegeben werden.
2. Der Vorstand gibt der Prüfungsstelle den Auftrag
 - a) zu prüfen,
 - ob nach der Jahresrechnung der Haushaltsplan eingehalten ist;
 - ob die einzelnen Einnahme- und Ausgabebeträge der Jahresrechnung ordnungsgemäß, insbesondere durch Belege nachgewiesen sind und
 - ob diese Rechnungsbeträge mit dem Wasserverbandsgesetz, den Satzungen und den sonstigen Vorschriften im Einklang stehen,
 - b) das Ergebnis der Prüfung (den Prüfungsbericht) an die Vorstandschaft und die Aufsichtsbehörde zu geben.
3. Der Vorstand legt den Prüfungsbericht der Verbandsversammlung vor. Diese beschließt über die Entlastung der Vorstandschaft.
4. Danach übersendet der Vorstand den Prüfungsbericht der Aufsichtsbehörde.

Sechster Teil

Verfahrensvorschriften

§ 37

Öffentliche Bekanntmachungen

Die Satzungen des Verbandes sowie deren Änderungen sind - nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde - im Amtsblatt der Aufsichtsbehörde bekannt zu machen.
Für weitere öffentliche Bekanntmachungen gilt Art. 41 des Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) entsprechend.

§ 38

Anordnungsbefugnis

Die Mitglieder des Verbandes und die Nutzungsberechtigten haben die auf dem Wasserverbandsgesetz oder den Satzungen beruhenden Anordnungen des Vorstandes zu befolgen.

§ 39

Durchsetzung von Anordnungen

Die Anordnungen nach § 38 dieser Verbandssatzung sowie die Abgabenbescheide sind Verwaltungsakte, die nach dem Bayerischen Verwaltungszustellungs- und -vollstreckungsgesetz durchgesetzt werden können.

Siebter Teil

Aufsicht

§ 40

Staatliche Aufsicht

Der Verband steht unter der Aufsicht des Landratsamtes Rosenheim

§ 41
Zustimmungspflichtige Geschäfte

1. Der Verband bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde
 - zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen,
 - zur Aufnahme von Darlehen, die über die in § 34 Abs. 1 dieser Verbandssatzung festgelegten Höhe hinausgehen,
 - zur Übernahme von Bürgschaften, zu Verpflichtungen aus Gewährverträgen und zur Bestellung von Sicherheiten,
 - zu Rechtsgeschäften mit einem Mitglied der Vorstandschaft und
 - zu Regelungen der Entschädigung der Mitglieder der Vorstandschaft.
2. Die Zustimmung ist auch zu Rechtsgeschäften erforderlich, die einem in Absatz 1 genannten Geschäft wirtschaftlich gleichkommen.
3. Zur Aufnahme von Kassenkrediten genügt eine allgemeine Zustimmung mit Begrenzung auf einem Höchstbetrag.
4. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn sie nicht innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige bei der Aufsichtsbehörde versagt wird. In begründeten Einzelfällen kann die Aufsichtsbehörde die Frist durch Zwischenbescheid um einen Monat verlängern.

Achter Teil

Inkrafttreten

§ 42
Inkrafttreten

1. Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft
2. Gleichzeitig tritt die bisherige Verbandssatzung außer Kraft.


Umrathshausen, den 10.02. 2010

Für den Wasserbeschaffungsverband Umrathshausen

der Vorstand



Lorenz Noichl

genehmigt Landratsamt Rosenheim Rosenheim, 11.03.2010 I.A.  Pernreiter Verw. Amtsrat
--